

Sehr geehrter Herr Settegast! Es liegt mir fern, Sie lächerlich zu machen, ebenso wie es mir fern liegt, BürgerInnen zu beschimpfen. Das habe ich in diesem Beitrag für 16vor auch nicht gemacht, wenngleich ich leider beklagen muss, dass auf Facebook seinerzeit sehr wohl äußerst despektierliche Hetzen gegen meine Person im Zusammenhang meiner Mandatsniederlegung im Stadtrat erfolgten – und nicht nur dort. – Was ich aber erreichen wollte, ist eine Diskussion über die Bedeutung Ihrer Position in Bezug auf politische Entscheidungen. Vor diesem Hintergrund glaube ich jedoch immer noch, dass es nicht realistisch ist, eine Partei dafür „abzustrafen“, dass sie nicht Ihrem politischen Willen entsprochen hat. Wenn man das in der Tat täte, käme man – weit entfernt davon, politisch engagiert zu sein -, bei der losen Gruppierung der „Wahlschlappen“ an. - Mein Hinweis auf Rousseau ist dagegen, wie ich meine, sehr sachlich. Zwar kann man die Zusammenhänge im Netz unter Zeilenbeschränkungen nicht ausdiskutieren – da gebe ich Ihnen Recht -, aber unter praktischen Gesichtspunkten der Politikgestaltung ist Rousseau weitaus weniger problematisch als Ihre hier vertretene Position, nach der „man“ im Internet fiktiv-agitatorisch unterwegs ist und „man“ schließlich die Partei (aus-)wählt, die einem am besten „wohlfährig“ ist. Sie, d.h. die von Ihnen vertretenen Positionen, blicken eben nur von außen auf parlamentarische Prozesse, die Sie zwar – und wiederum nur - von außen beeinflussen wollen, aber eben nur wie „Lobbyisten“ und nicht wie politisch aktive und mündige BürgerInnen (oder Stadträte). Diese müssen auch längerfristige Überlegungen anstellen und zwar auch unabhängig vom nahen Bürgerwillen (in Ortbeiräten und bloßen Stadtteilen), sondern gerade auch im Blick auf die Gesamtentwicklung der ganzen Stadt (und genau hier kommt Rousseau ins Spiel). – Und da verwundert es schon, welche Parteien einen bloß populistischen Blick auf die „Tankstelle“ genommen haben oder aber auf das „Grünkonzept“ des Stadtvorstandes, das 2009 ja schon einmal Konsens im gesamten Rat gewesen war, das sie (die verschiedenen Parteien) aber jetzt (auf vermeintlichen Druck!) preisgeben haben. Diese Parteien werden auch dann „weich“, wenn in der nächsten Woche „eine andere Sau durchs Dorf getrieben wird“, wie der Volksmund so sagt (siehe die Themen im TV: Palastgarten, Kabinenbahn, Tanke etc). Insgesamt ist eine auf diese Art und Weise durchgeführte politische Entscheidungsfindung aber kein „herrschaftsfreier Diskurs“ zum Wohle der Allgemeinheit (wiederum Rousseau und Marx). Zu diesem misslichen Umstand tragen auch die Abstimmungen im Internet, die Sie ja befürworteten, bei. Sie tragen gerade nicht dazu bei, einen Diskurs zwischen BürgerInnen zu führen, weil hier – freilich auch neben BürgerInnen – vor allem „Micky-Maus-BürgerInnen“ ihr Wort erheben, die nicht als mündige Personen in Erscheinung treten, sondern nur „vermummt“ unter Pseudonymen. Und das ist es eben unter anderem, das ein bloßes mythisches Denken auszeichnet, dass nicht offen und aufgeklärt sein Wort ergreift, sondern aus dem Hinterhalt agiert, um nichts als „Druck“ auszuüben. Ohne verantwortliche Personen ist Politik sogar undemokratisch (vgl. Günter Anders: Die Antiquiertheit des Menschen). Langfristige politische Konzepte werden hier nicht mehr erwünscht, weil sie per se nicht umgesetzt werden können, denn dafür müsste man sich tatsächlich politisch engagieren und nicht nur verbalmedial. Einer, der hier, zu lesen, sehr zu empfehlen ist, ist Ernst Cassirer, der 1945 in einem letzten Buch „Vom Mythos des Staates“ die Entwicklung und die Wurzeln des nationalsozialistischen Denkens aufgezeigt hat. Aber damit nicht genug: Mehrere Jahre hat Karl Marx die Fertigstellung des Kapitals immer wieder verschoben, weil er und Engels sich in verschiedene Polemiken gegen die Schrift von Max Stirner: „Der Einzige und sein Eigentum“ verstrickt hatten. In Bezug auf Stirner eine klare Position zu entwickeln, war Marx so bedeutsam, dass er die Arbeit an seinem Hauptwerk zur Seite legte. Hier wie da geht es aber nichts anderes als um die notwendige Klärung, welchen Einfluss Lobbyisten, die in der Regel eben keine Mehrheiten haben, auf politische Entscheidungsträger in einer parlamentarischen Demokratie ausüben sollen. Stirner kennt als einziges Kriterium nur seinen einzigen, eigenen Willen – Allgemeinwohl ist ihm kein Begriff, weil es keine übergeordneten politischen Begriffe geben kann. Auch er hät-

te dazu aufgerufen, verschiedene Parteien nicht mehr zu wählen, um sie aufgrund nur einer einzigen Entscheidung, mit der nicht übereinstimmt, abzustrafen. Die Frage ist hier: Wer gilt heute noch als das „revolutionäre Subjekt“, von dem politische Veränderungen ausgehen? „Internetrotten“ sind das nicht! - In diesem Zusammenhang gebrauch ich das Wort einer „Rotte“, die sich themenunspezifisch von Mal zu Mal „zusammenrottet“. Es verbindet die „Medialverbalen“ keine politische Aktion, weil aus ihrem Tun keine Konsequenzen gezogen werden können, nicht einmal eine Demonstration, auf der man als Person in Erscheinung treten muss. Ebenso wenig halte ich übrigens von der Art und Weise wie in Trier der „Bürgerhaushalt“ durchgeführt wird. Mit Partizipation und Bürgerbeteiligung hat dies recht wenig zu tun. Er dient nur als Alibi und kann allenfalls als ein „kastrierter Bürgerhaushalt“ verstanden werden. Wo nur Vorschläge akzeptiert werden, die ausschließlich einem vermeintlichen Sparzwang geschuldet sind, werden die BürgerInnen lediglich „ausgebeutet“. Das macht den Bürgerhaushalt in Trier nicht rational, sondern belässt auch ihn im mythischen Denken.

Johannes Verbeek

Trier, den 19.11.11